

Das Ministerium für Volkswohlfahrt Preußenparlament.

Berlin, 22. Mai.

Das Abgeordnetenhaus eröffnet die Sitzung um 12 1/2 Uhr. Der Präsident des Abgeordnetenhauses (Gos.) 8. Wahlkreis, Bielefeld, meldet sich für gültig erklärt. Zur ersten Beratung liegt der Antrag zum Entwurf des Gesundheitspolizeigesetzes für 1910, der die Ausgaben für das neue zu errichtende Ministerium für Volkswohlfahrt anordnet.

Der Staatsrat (Gos.) Die sozialistische Partei begrüßt die Errichtung des Ministeriums für Volkswohlfahrt, dessen Aufgaben in erster Linie der Gesundheitspflege zu gelten haben. Der Gesundheitsminister (Gos.) Die Gesundheitspflege ist jetzt geradezu ersetzend. Nur ein Redner der Opposition konnte als vollkommener den Aufgaben der Gegenwart und Zukunft genügen amgehen werden.

Minister Steinhilber: Die Vorlage entwirft dem Bedürfnis, die Läden, die der Krieg in unsere Bevölkerung geschickt hat, nach Möglichkeit im Laufe der Zeit zu schließen. Die soziale Hygiene bedarf des gründlichen Ausbaus. Auf dem Lande muß eine umfassende Siedlungsreform eingeleitet werden. Die Jugendfürsorge muß geistig gefördert werden. Der geringen Zusammengehörigkeitsgefühl, Verfallens für die soziale Hygiene kann nicht mehr auf in einem demotierten Lande Volkshilfepolitik leisten.

Abg. Dr. Hegeborn (deutsch-national):

Wenn die Friedensbedingungen der Entente zur Wahrheit werden, können allerdings von Bevölkerungs- und Wohlstandspolitik auf Jahre hinaus keine Rede sein. Es ist Aufgabe der Neutralen für Heimatliebe, Aufklärung im Volke zu schaffen. Das England auf die Verdrängung Deutschlands aus dem Osten und Süden von 5 Jahren gelang. Wir müssen mit dem Verlust an Volkskraft und Wirtschaft rechnen. Wenn wir aber in dieser Stunde mutig für die Volkshilfepolitik eintreten, so begründen wir das damit, daß wir für unsere Jugend kämpfen wollen. Was wir an härtester Arbeit bestehen, müssen wir durch

Zusammenfassung der inneren Kräfte

mühseligem (Gos.) Unter dem Druck der Zeit werden sich die schlagenden Kräfte in einem neuen Weite entwickeln. Aus dem moralischen Zusammenbruch müssen wir so bald wie möglich wieder heraus, indem wir für weltliche und geistige Gesundheit der Jugend arbeiten. Wir brauchen eine Jugend, die erfüllt von der Pflicht gegen Staat und Gesellschaft im Leben beherzigt und die die Aufgaben der Zukunft übernehmen kann. In diesem Sinn begrüßen wir das neue Ministerium für Volkswohlfahrt und erklären uns bereit, an den großen Aufgaben dieses Ministeriums mitzuwirken. Eine große Schicksalsfrage ist der Gesundheitspflege. Es muß auf den Weltkrieg und auf soziale und wirtschaftliche Veränderungen zurückzuführen ist. Bei großer Energie werden wir über diese Kräfte des Gesundheitswesens hinwegkommen. Nach dem Optimismus, daß wir trotz der überführten Entwicklung doch nicht so weit gekommen sind, daß wir ein altes und neues Gesicht haben. Leider hat der Gesundheitszustand nicht nur die Stadt, sondern auch schon freie Städte des platten Landes erfaßt. Wir müssen deshalb ein gesundes Volkstum in der Bevölkerung in Stadt und Land durch Siedlungsfragen beschreiben. Wie als Preußen müssen erst recht darauf achten, bei der Siedlungsfrage der Mittel zur Verhütung der Empfindung endlich selbst wird. Es ist eine Schande, daß Kaiserer auf dem Lande herumreisen dürfen, die den Benutzern die Mittel zur Verhütung der Empfindung anpreisen. In der Entschleunigung des Volkes haben auch die schreienden Epithelen einen erheblichen Anteil. Unter der gegenwärtigen Regierung haben sie sich besonders wohl. Es ist Zeit, daß sie endlich besitzig werden. Wenn wir Deutschland neu aufbauen wollen, müssen wir ausgeben von der Familie und in erster Linie für eine gesunde Volkshilfepolitik sorgen. Es ist eine Schande, daß in der Lösung der alten Regierung vor, sondern in der Lösung ... (Abgeordneter Hoffmann: Ihre Freunde)

Der Redner verweist sich in ein Fragegespräch mit dem Abgeordneten Hoffmann und lehnt die Schuld seiner Partei für seine Verlor ab. Wenn es nach der gegenwärtigen Lage, können wir heute nicht so bedeutenden Schwereigkeiten. Wenn der Schaden an der Bevölkerung ist, dann müssen eben die Arbeiter dahin gebracht werden, daß sie keinen Schaden. (Schluß des Redners) Wir werden von dem Glanzen bestat, daß Deutschland sich aus seiner Notlage bei einer neuen Volkshilfepolitik wieder erheben werden.

Abg. Dr. Hegeborn (Ntz.): Insbesondere wird es notwendig sein, die Volkshilfepolitik auf das flache Land auszuweiten. Auch im Wege des Fortbildungsunterstützung können Volkshilfepolitik gefördert werden. Das neue Ministerium und das Unterrichtsministerium müssen zusammenarbeiten.

Der Ozeanflug

Von Ernst Rebelein.

Wieder ist in der Geschichte des Flugwesens ein bedeutender Tag zu verzeichnen. Vor einigen Wochen war es die Auffüllung eines neuen Weltluftschiffes — 9800 Meter — durch einen Amerikaner, und in den letzten Tagen — am 17. Mai — gelang die teilweise Ueberquerung des Ozeans von Newfundland nach den Azoren. Auch ist somit der zweite Teil des Fluges, die Zurücklegung der Strecke von den Azoren nach Europa, zu erledigen, doch da es sich hierbei um die kürzere Strecke handelt, so dürfte auch dieser Flug bald gelingen, sofern er nicht inzwischen bereits ausgeführt worden ist.

Es sind jetzt rund 10 Jahre vergangen, seitdem Blériot als erster Flieger den Kermansal überflog. Damals handelte es sich um das flüchtige Wagnis, zum ersten Mal eine größere Wasserstrecke mit dem noch in seinen ersten Anfängen befindlichen Flugzeug zu überfliegen. Was vor einem Jahrzehnt mit Wagt auf der ganzen Welt ungeheures Aufsehen erregte; heute mutet es uns an wie eine harmlose Spielerei. Denn was hindert die 33 Kilometer Breite des Kanals gegen die rund 3000 Kilometer lange Strecke zwischen Newfoundland-Azoren-Strich? Wenn schon damals nach der ersten schließlichen Kanalarüberfliegung die Entschlossenheit die Zeit für den Ozeanflug für gekommen hielten, so war dies freilich nur ein müßiges Spiel der Phantasie. Immerhin galt seit jenen Tagen die Ueberfliegung des Ozeans als das wichtigste flugportliche Ziel und die mannigfaltigsten Pläne zur Erreichung desselben wurden von Fachleuten und Laien aufgestellt. In der Erinnerung ist es noch der höchst mißlungene Versuch des amerikanischen Navaloffiziers Wellman, der mit einem Luftschiff den Ozean überqueren wollte, infolge der völlig unzureichenden technischen Vorbereitungen jedoch nur 700 Seemeilen zurücklegte und dann mit seinem Luftschiff

Abg. Frau Bänhoff (Gos.): Die Jugendlingsfürsorge bedarf in erster Linie der Verbesserung. Frauen sollen als sachverständige Beiräte herangezogen werden.

Abg. Ränge-Overhausen (Ntz.): Gute Mitarbeiter auf dem Gebiete der Volkshilfepolitik wird der Minister unter den Krankenpflegebeamten finden können.

Abg. Wollhoffmann (Ntz.): Wenn irgendwo, so könnte auf dem Gebiete der Volkshilfepolitik gezeigt werden, was durch Sozialisierung erreicht werden kann. In den sogenannten Fürsorgeanstalten wird die Jugend erst zum Verbrechertum vorbereitet. Die Gleichermaßen der Frauen muß voll durchgeführt werden. In den Ministerien liegt die Aufgabe nicht im Alter. Es sollte endlich ein großes Reineinander stattfinden. Zur Lösung der Bevölkerungsfrage könnte man durch die Einführung der Abkündigung der katholischen Priester helfen. (Schluß im Zentrum). Das Selbst ist eine Brutalität gegen die menschliche Natur. Gemäßigte Gesundheits-, Wohnungs- und Jugendpflege ist nicht möglich, solange die kapitalistische Gesellschaft fortbesteht. Wohlstand und Ausbeutung sind Gegensätze wie Feuer und Wasser. Die Prostitution ist eine Peinliche an dem durch und durch verfaulenden Körper des kapitalistischen Staates. — Das Haus vertag sich. Freitag 12 Uhr: Anfragen, Fortsetzung der heutigen Beratung. Schluß gegen 8 1/2 Uhr.

Arbeitsplan im Preußenparlament

Berlin, 22. Mai.

Der Vorkonferenz der preussischen Landesparlamentarier beschloß zur Vorbereitung eines einer veränderten Besprechung zusammenzutreten, an der Unterrichtsminister Höre teilnahm.

In der Beratung der Abgeordneten des Ostens mit den Regierungsvertretern nahmen Ministerpräsident Fischer, sowie die Minister Esterl und Hoffmann teil. Der kürzeren Seite wurde eine allgemeine Übersicht über die Lage im Osten des Reiches gegeben. Aufschneiden sollte die Entente Ostland und Poland zu einem überstaatlich zusammenzufassen, in dem West und Ostland einander nicht werden sollen. Es besteht die Gefahr, daß die Preußen, von Polen umgeben, vollkommen in der Isolation stehen und wirtschaftlich unter der Erleichterung der Arbeiten gelidet, einer für den Norden, der andere für den Süden.

Zur Lösung der Schuldfrage

Berlin, 21. Mai.

Die „Deutsche Wochenschrift“ schreibt: Ein neuer Beitrag zur Lösung der Schuldfrage. Die Wochenschrift „Deutsche Wochenschrift“ ist in der Lage, in ihrer nächsten Nummer die Denkschrift zu veröffentlichen, die im Auftrag von Kaiser Franz Joseph der österreichisch-ungarischen Reichsregierung am 5. Juli 1910 dem deutschen Kaiser überreicht hat und die zum Ausgangspunkt der Verhandlungen über den Kolbamer Kontrakt geworden ist. Diese Denkschrift stellt mit einwandfreier Deutlichkeit die aggressive Politik der Entente dar, die vom Orient aus und um den Orient den Krieg ins Werk setzte. Wenn auch wesentlich neue Gesichtspunkte darin nicht enthalten sind, so ist sie trotzdem ein neuer wichtiger Beitrag zur Lösung der Frage von der Schuld am Krieg. Die Denkschrift stellt im übrigen zum Schluß dar, daß sie bereits vor der Eröffnung des Kronprinzessinnenfestes fertiggestellt worden ist.

Die Marine gegen den Gewaltfrieden

Biel, 22. Mai.

Seute vormittag fand auf dem alten Exerzierplatz in Biel eine massenhafte Kundgebung der Marine gegen den angeblichen Gewaltfrieden statt. Die Wochenschrift hat, was sich die Offiziere, Deskoffiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Garnisonen Biel und Friedrichsdorf zu Tausenden versammelt hatten. Nachdem mehrere Redner die Friedensbedingungen für unannehmbar erklärt und die Kolonialpolitik, ihre geschlossenen Unterwerfung der Regierung betont hatten, mahnte der Stationschef, ein intermarinischer Verein, in einer eindringlichen Ansprache zum Eingehen, an der allein die feindselige Haube und Nachdruck zu schaffen werden könne, und verlas schließlich eine an den Chef der Admiralität und den Reichswehrminister gerichtete Entschleunigung, die einstimmig angenommen wurde und in der die Marineangehörigen

aller Dienstgrade und Truppendienste erklärten, es dem Gewaltfrieden einmütig entgegenzutreten zu sein. Die Redner erklärten, es sei ihnen ein Ehrengeheimnis, die Friedensbedingungen zu prüfen, die durch die Entente vorgelegt sind. Sie werden sich für die Handhabung, setzen wir geschlossen mit allen unseren Kräften hinter der Regierung, komme, was kommen mag.

Die Heraussetzung des steuerfreien Einkommens

Die verschiedenen preussischen Kommunen haben Beschlossen, Einkommen bis 2400 Mk., teilweise sogar bis 3000 Mk., steuerfrei zu belassen. Solche Beschlüsse sind ungesetzlich, wenn eine Abänderung der Steuerrechtsbestimmungen dann nur durch eine Resolution des Kommunalausschusses erfolgen kann für eine solche Abänderung ist nur die Zustimmung des Steuerrechtsausschusses der Beamten kann nicht von den Gemeinden beschlossen werden. Die Tätigkeit der Gemeinden beschränkt sich darauf, der Landesverwaltung in Bezug auf Einkommen Vorlage zu machen. Das Selbstverwaltungsrecht gibt aber keine Dankschreiben, Beschlüsse durch Beschlüsse einzelner Gemeindevertretungen für diese Kommunen auszuführen.

Um Oesterreichs Grenzen

Berlin, 22. Mai.

„Temps“ meldet, daß die für Oesterreich festgesetzte Grenzlinie geeignet erweise, die Rechte der französischen Bevölkerung zu verletzen, so daß für notwendig befunden wurde, die interessierte Gebiete, das heißt für gewisse Teile der österreichisch-slawischen Grenze zu revidieren. Die Revision ist augenblicklich beendet, aber die italienische Regierung hat nicht gewillt zu sein, sie endlich gutzugeben, so lange die Frage der Grenze angesehener Staaten und Siedlungen in der Schwere bleibt. Anzusehen ist zu erwarten, daß die Herausgabe des Vertrages an die österreichischen Bevollmächtigten eine Verzögerung von einigen Tagen erleidet.

Belgische Meinung

Amsterdam, 22. Mai.

Das „Brüsseler Blatt „Revue““ legt fest, daß die belgische Meinung die Kritik des Friedensvertrages ist. Es betont, daß es unangenehm ist, die belgische Führung mit dem deutschen Volk zu vergleichen, belästigt jedoch, wenn auch nicht, der Wille zur Welt der belgischen Gebiete habe. Eine Erörterung des eigenen Interesses ist nicht, daß Deutschland wieder aufstehe, um in der Welt des Wiederaufbaus zu beginnen und zu folgen. An übrigen müßte für sich gezeigt werden, daß die belgische Führung nicht nur die Demut, sondern auch die eigene Heimvertrauen veräußert haben. Das dem deutschen Volk zu bedenkliche Schicksal sei eine verheerliche Annullierung, Sozialisten, die dazu bereit wären hätten, den deutschen Sozialismus niederzuschlagen, hätten auch die Pflicht, die belgische Führung zu unterstützen, um zu lernen, um sie mit belgischen Fortschrittlichkeit zu bekämpfen. Der Friede der Welt hänge davon ab.

Der italienische Konflikt

Berlin, 22. Mai.

„Liberte“ erklärt zur Reise Orlando's, man solle lieber aus italienischen Zeitungen, daß die Ereignisse innerhalb des italienischen Kaiserreichs nicht mehr abzuwischen. Die Situation in Paris erweise die Demut und die Unlust an, daß die Pariser Konferenz nicht alle italienischen Hoffnungen betreffs Rum, Dalmatien und der Kolonialfragen erfüllt habe. Auch die österreichische Frage werde Anlaß zu Bewegungen. Die nationalitalienische italienische Bewegung in Frankreich, einer antitalienischen Politik, während das Frankreich nur an seine und Jolles Sicherheit denke. Italien werde ebenfalls dabei verfahren, wenn ein übermäßig vergrößertes Deutschland kein Risiko würde, das den Übergang und Groll der Südländer dominieren und sich den Nationalismus des am Südpol beständigen Oesterreichs eigen machen würde.

(Eigene Drahtmeldung der „S.“)

In Italien scheint eine Robetta-Krise bevorzustehen. Der „Antiquarium“ teilt aufgeregt mit, daß Orlando von seiner Reise von Paris eine Note verfertigt hat, die mit den Worten beginnt, es werde eine wichtige Sache sein, die die Bedeutung der tiefsten Verknüpfung in Italien zu bekämpfen.

der alten und neuen Welt verkehrende Post- und Ballongesellschaft seine regelmäßigen Flüge über den Ozean aufnehmen wird.

Und auch für unsere Luftverkehrsgesellschaften wird dann der Tag kommen, wo sie sich entzünden müssen, ob sie sich auf den beschränkten Ueberlandverkehr in Deutschland bzw. mit den europäischen Nachbarländern begnügen, oder den friedlichen Weltkampf um das „blaue Band des Weltmeeres“ mit den übrigen großen Völkern der Erde aufnehmen wollen. In technischer Hinsicht sind wir für einen solchen Weltkampf genau so gut gerüstet wie jede andere „fliegende“ Nation, und nach der finanziellen Seite hin können entgegenstehende Schwierigkeiten bei gutem Willen schließlich überwunden werden. Und so möge denn der schließliche Ausdruck gegeben werden, daß in nicht zu fernem Zukunft ein Ueberlandverkehr zwischen amerikanischen und deutschen Luftschiffen den Ozean überqueren. Hamburg-New-York in 24 Stunden, siehe als gutes Omen an der Schwelle des neuen Weltkampfes, der unser Volk nach unermesslichem Leid und Schmerz zu dauerndem Frieden führen soll.

b. Aufg. Der Generaloberst Leopold v. Aufg., welcher in völliger Mithilfe am 20. Mai dieses Jahres seinen 75. Geburtstag feiern durfte, wurde geboren zu Münster als Sohn des Regimentsbauweilers Karl Aufg. († 11. April 1864) und der Friedr. Friedr. († 3. November 1888). Er trat nach Beginn des Bundeskrieges in das Infanterieregiment Nr. 66 am 13. Oktober 1865 ein, wurde 1870 bei Metz verwundet und am 16. Oktober 1870 General der Infanterie. Er vermählte sich zu Detmold am 27. April 1874 mit Rosa v. Donop, geboren zu Detmold am 7. Juni 1850 als Tochter des Reichs-Ritterlichen Kammerherrn v. Donop und seiner Gattin Karriette Rogin aus Kalkutta. Das Geschlecht d. Donop verlor mit dem gleichnamigen Stammvater im April 1874 sein Stammrecht dem Niederländischen Uradel an. — Tappan: in der Zeit eine rote Leiter das Benzen ist ein rebenendes; de nach; die die des Generalobersten hat zwei Söhne und eine Tochter entpfossen.

